



Nr. 43

Berlin, 3. November 2011

Inhalt :

[Gespräch im Bundesministerium für Arbeit und Soziales - dbb begrüßt CDU-Initiative für Mindestlöhne+++](#)
[Heesen: Öffentliche Dienste nicht kaputt sparen+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Sonderopfer für Beamte: BBW startet Umfrage im Internet+++](#)
[BBB: Besoldungsanpassung überfällig - Nachtragshaushalt bald im Landtag+++](#)
[dbb hamburg kritisiert Gesetzesflut+++](#)
[VBOB: Bonn-Berlin-Gesetz muss beachtet werden+++](#)
[Polizeigewerkschaft: Bundesligaspiele bei Castor-Transporten absagen+++](#)
[Änderung des Insolvenzrechts beschlossen - Bund Deutscher Rechtspfleger erfreut+++](#)
[VBE: Schulen leider auf Kopien angewiesen+++](#)
[Philologenverband fordert Annullierung der „Schultrojaner-Vereinbarung“+++](#)

[Namen und Nachrichten +++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Gespräch im Bundesministerium für Arbeit und Soziales - dbb begrüßt CDU-Initiative für Mindestlöhne

(dbb) In einem Gespräch mit den Staatssekretären im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Dr. Ralf Brauksiepe und Gerd Hoofe, am 27. Oktober 2011 hat sich der dbb beamtenbund und tarifunion für die Einführung branchenübergreifender Mindestlöhne eingesetzt. Peter Heesen, dbb Bundesvorsitzender, und Frank Stöhr, Zweiter Vorsitzender des dbb, machten deutlich, dass aus Sicht des dbb die Einführung von Mindeststandards bei der Bezahlung unabdingbar sei.

Die derzeit bestehenden Möglichkeiten der Festlegung von Lohnuntergrenzen in einzelnen Branchen seien unzureichend. Das Instrument des Mindestarbeitsbedingungengesetzes zur Festlegung von Mindestbedingungen für Branchen mit geringer Tarifbindung habe sich in der Praxis als untauglich erwiesen. Dies habe der abgelehnte Antrag des dbb auf Einführung von Mindestlöhnen in der Branche der externen Call Center gezeigt. Auch die Vertreter des BMAS machten deutlich, dass aus ihrer Sicht Handlungsbedarf bestehe.

Der dbb begrüßt die nun bekannt gewordene Initiative der CDU, auf ihrem Bundesparteitag eine allgemein verbindliche Lohnuntergrenze für alle Branchen zu beschließen. Aus Sicht des

dbb kann dies eine gute Basis dafür sein, auch in den Branchen Mindestbedingungen zu erreichen, in denen keine ausreichende Tarifbindung besteht. Das weitere Verfahren und die von der CDU genannte Untergrenze von 6,90 Euro bedürfen jedoch einer intensiven Diskussion. Aus gewerkschaftlicher Sicht ist die genannte Untergrenze nicht ausreichend, um den Lebensunterhalt ohne ergänzende Sozialleistungen zu bestreiten. Der dbb spricht sich für branchenorientierte Mindestlöhne aus, deren Höhe die spezifischen Anforderungen und Besonderheiten der einzelnen Branchen berücksichtigt. Für den Bereich der externen Call Center hatte der dbb einen Mindestlohn in Höhe von 9,50 Euro gefordert.

(01/43/11)

Heesen: Öffentliche Dienste nicht kaputt sparen

(dbb) „Wir haben schon jetzt in vielen Verwaltungsbereichen gravierende Engpässe beim Personal“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen am 1. November in Berlin. Heesen, der auch Präsident der Europäischen Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CE-SI) ist, beobachtet die Personalentwicklung in weiten Teilen des öffentlichen Diensts mit Sorge. „Das gilt nicht nur für Deutschland, sondern für praktisch alle Mitgliedstaaten der EU.“ Besonders hart betroffen seien die überschuldeten Staaten, die von der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds zu harten Sparprogrammen gezwungen werden.

„Natürlich muss in Ländern wie Griechenland anders gewirtschaftet und vor allem auch gespart werden. Wir lösen das Altschuldenproblem aber nicht, indem wir uns in die Depression sparen und die öffentlichen Dienste zerstören“, so Heesen. Europas öffentliche Dienste seien untrennbar mit dem europäischen Sozialmodell verbunden. Es gelte, vor allem die Einnahmeseite der Staaten nicht aus dem Blick zu verlieren. „In Ländern wie Griechenland gibt es da ganz offensichtlich noch viel Luft nach oben. Ein Teil der Wahrheit ist, wenn man Schulden abbauen will, braucht man zum Beispiel eine funktionierende Steuerverwaltung“, so der dbb Bundesvorsitzende.

Heesen sorgt sich um die langfristigen Folgen der Sparmaßnahmen in den öffentlichen Diensten. In der Schuldenkrise gerate eine andere, am Horizont hochziehende Krise aus dem Blickfeld. „In Deutschland und sicherlich auch in anderen europäischen Ländern beginnt der demographische Wandel voll durchzuschlagen. Wir haben ein akutes Problem der Personalgewinnung“, so der dbb Bundesvorsitzende. „Der öffentliche Dienst konkurriert mit der Wirtschaft um die besten Köpfe. Da spielt die Attraktivität der Beschäftigung im Staatsdienst schon eine große Rolle.“ Die Regierenden seien gut beraten, die Effekte der Alterung der europäischen Gesellschaft in ihre Finanzpla-

nungen und Sparvorhaben mit einzubeziehen. Vor allem gibt Heesen zu bedenken: „Einmal zerstörte öffentliche Strukturen lassen sich nur sehr schwer wieder aufbauen.“ Gerade in Kri-

senzeiten seien verlässliche öffentliche Dienste aber Garanten der sozialen Stabilität. (02/43/11)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Sonderopfer für Beamte: BBW startet Umfrage im Internet

(dbb) Der BBW – Beamtenbund Tarifunion Baden-Württemberg (BBW) hat am 26. Oktober 2011 eine Internetbefragung zu den Sparplänen der Landesregierung gestartet. Das Bündel an Fragen auf den Punkt gebracht: Geht der BBW auf Konfrontationskurs oder bleibt es beim Dialog?

Bereits 24 Stunden, nachdem der Fragebogen auf der Homepage des BBW freigeschaltet war, hatten über 4000 Teilnehmer ihr Votum abgegeben, teilte der BBW mit. Die Umfrage läuft noch bis zum 9. November 2011. Das Ergebnis soll in die Entscheidungsfindung der zuständigen Gremien einfließen.

Als höchstes Entscheidungsgremium nach dem Gewerkschaftstag wird der Landeshauptvorstand der Organisation bereits am 10. November das Umfrageergebnis erörtern und die

gewerkschaftspolitische Richtung vor dem Hintergrund der neuerlichen Beamtensonderopfer festlegen.

Hintergrund der Befragung ist die Ankündigung der grün-roten Landesregierung, den Beamten trotz sprudelnder Steuereinnahmen Sonderopfer – wie die Verschiebung der Besoldungserhöhung und „strukturelle Eingriffe“ (Versorgungshöhe, Beihilfe) – abzuverlangen. (03/43/11)

BBB: Besoldungsanpassung überfällig - Nachtragshaushalt bald im Landtag

(dbb) Mit Blick auf die näher rückenden Beratungen des bayerischen Landtags zum Nachtragshaushalt 2012, mit dem auch die Personalausgaben für das kommende Jahr fixiert werden, hat der Bayerische Beamtenbund (BBB) nochmals auf die überfällige Besoldungsanpassung hingewiesen.

BBB-Vorsitzender Rolf Habermann schreibt auf der BBB-Website, der 1. Januar 2012 sei der Termin, zu dem der Nachtragshaushalt in Kraft treten wird. „Hier können die mit dem Doppelhaushalt 2011/2012 getroffenen Festlegungen, und insbesondere die weitreichenden Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst, erstmals korrigiert werden. Und dann ist da noch der aufgelaufene Besoldungsrückstand.“

Leider gestalteten sich die Verhandlungen zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung „auch und gerade in ihrer Endphase mehr als schwie-

rig“, so Habermann weiter. Der BBB werde aber weiter mit allen Kräften am Ball bleiben, um den Kolleginnen und Kollegen zu einer angemessenen Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung zu verhelfen.

„In Sachen Besoldungsanpassung haben wir die Zusage von Finanzminister Georg Fahrenschon, dass zu Beginn des Jahres 2012 Zahlungen erfolgen sollen. Für den BBB steht fest: Der Umfang dieser Zahlungen muss ein deutliches Zeichen auf dem Weg der Aufholung des Einkommensrückstands sein und darf

keinesfalls für sich alleine stehen bleiben. Spätestens mit dem Auslaufen des derzeitigen Doppelhaushalts muss dafür gesorgt sein, dass **dbb hamburg kritisiert Gesetzesflut**

die aktuellen Missstände behoben sind“, so Habermann.
(04/43/11)

(dbb) Der dbb hamburg hat sich gegen Kritik der Steuerzahlerbundes an der öffentlichen Verwaltung verwahrt. Man habe nichts gegen eine vom Steuerzahlerbund gestartete „Offensive: Bürokratieabbau“, machte der dbb Landesbund am 1. November 2011 deutlich. Auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes seien es leid, immer mehr Gesetze, Verordnungen und Richtlinien aus Bund, EU und letztendlich auch des Landes Hamburg umsetzen zu müssen.

Allerdings sei die Behauptung, dass die Regelungswut der Verwaltung ein Eigenleben entwickelt hat, dem man mit konstruktiven Verbesserungsvorschlägen begegnen müsse, falsch. Der dbb hamburg verwies auf das Bürokratieabbaugesetz von 2005. „Es wäre also an der Zeit, den Parlamentariern auf die Finger zu gucken, was sie zwischenzeitlich an Gesetzen, Verordnungen und mehr verabschiedet haben. Die vielgescholtene Verwaltung muss als Exekutive diese Gesetze umsetzen, ob es ihr nun gefällt oder nicht“, erklärte Rudolf Klüver, Landesvorsitzender des dbb hamburg.

„Rund 75 Prozent der Arbeitszeit der Verwaltung geht dafür drauf, die zuweilen mit heißer Nadel gestrickten Bundesgesetze und EU-Vorgaben für den Bürger umzusetzen. Hinzu kommen die Landesgesetze und Verordnungen. Und es macht der Verwaltung überhaupt keinen Spaß, die 27. oder 28. Änderung eines Gesetzes – und seien es nur redaktionelle Fehler der Legislative – durchhecheln zu müssen, um am nächsten Tag die 29. Änderung auf den Tisch zu bekommen“, so Klüver. Seit Jahrzehnten werde die Verwaltung „regelrecht erschlagen mit neuen Gesetzen und Verordnungen“.
(05/43/11)

VBOB: Bonn-Berlin-Gesetz muss beachtet werden

(dbb) Vor dem Hintergrund angekündigter Stellenstreichungen am ersten Dienstsitz des Bundesverteidigungsministeriums in Bonn hat der Bundesvorsitzende des Verbandes der Beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden (VBOB), Hans-Ulrich Benra, die Einhaltung des Bonn-Berlin-Gesetzes gefordert.

Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière hatte laut Presseberichten angekündigt, dass von künftig 2000 Ministeriumsmitarbeitern 1500 in Berlin und nur noch 500 in Bonn arbeiten sollen. Benra kritisierte die Pläne im „Kölner Stadt-Anzeiger“ (Ausgabe vom 29. Oktober 2011) scharf. „Ich halte die Entwicklung für unsäglich“, sagte er. „Denn es gibt klare gesetzliche Regelungen, die man nicht einfach nach Belieben in seinem Sinne ausle-

gen darf.“ Minister de Maizière habe das Bonn-Berlin-Gesetz zu beachten. „Und demzufolge kann er nicht Bonn zum ersten Dienstsitz erklären und die Masse der Beschäftigten nach Berlin verlagern. Das ist Etikettenschwindel.“ De Maizière drohe, rechtsbrüchig zu werden, so Benras Vorwurf. „Und das kann man ihm nicht durchgehen lassen.“
(06/43/11)

Polizeigewerkschaft: Bundesligaspiele bei Castor-Transporten absagen

(dbb) Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), Rainer Wendt, hat dafür plädiert, während des für Ende November vorgesehenen Castor-Transports „Risikospiele“ der Fußball-Bundesliga abzusagen. Die deutsche Fußball Liga (DFL) wies dies als „Populismus“ zurück.

Der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Ausgabe vom 27. Oktober 2011) sagte Wendt: „Die Polizei ist überfordert, wenn sie mit bis zu 20.000 Beamten den Castor-Transport schützen und gleichzeitig mit Großaufgeboten die Risikospiele der beiden Bundesligen sichern soll.“ Fußballspiele mit Krawallpotenzial wie St. Pauli gegen Dresden, Rostock gegen Union Berlin und andere dürfte es während des Castor-Transports nicht geben, forderte Wendt.

Die DFL habe zwar auf Wunsch der Polizei bereits die Anstoßzeiten von vier Partien am letzten November-Wochenende verlegt. Nach den Krawallen von Dortmund haben wir aber eine neue, verschärfte Lage. Ohne Spielabsagen wird es deshalb nicht gehen“, so Wendt. Wendt verlangte nach den jüngsten Krawallen von Dortmund zudem ein deutlich härteres Durchgreifen der sächsischen Behörden gegen die Dresdner Hooligans. „Unbelehrbare Krawallmacher gehören während eines Fußballspiels nicht ins Stadion, sondern hinter Gitter.“ (07/43/11)

Änderung des Insolvenzrechts beschlossen - Bund Deutscher Rechtspfleger erfreut

(dbb) Der Bund Deutscher Rechtspfleger (BDR) hat sich erfreut gezeigt über die beschlossene Änderung des Insolvenzrechts. „Der lange und harte Einsatz hat sich gelohnt“, bilanzierte der BDR. Der Bundestag hatte am 27. Oktober 2011 den Gesetzentwurf zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen (ESUG) verabschiedet. Darin ist – entgegen der ursprünglichen Fassung - keine weitere Konzentration der Insolvenzgerichte vorgegeben.

Vertreter des BDR hatten sich mehrmals mit dem Vorsitzenden des Rechtsausschusses Siegfried Kauder getroffen und ihre Auffassung zu notwendigen Änderungen am Gesetzentwurf dargelegt. Dies habe sich gelohnt, so der BDR. Wenn auch nicht in allen Punkten Übereinstimmung erzielt werden konnte, so habe der BDR doch dazu beigetragen, dass letztendlich ein Wegfall der geplanten Konzentration der Insolvenzgerichte erreicht werden konnte. Als Erfolg sei auch zu werten, dass eine Über-

prüfung fünf Jahre nach Inkrafttreten (dafür geplant ist der 1.1. 2013) vorgesehen ist.

Als „bittere Pille“ bezeichnete der BDR, dass es trotz Unterstützung des Rechtsausschusses nicht gelungen sei, eine Übertragung des Insolvenzverfahrens auf den Richter zu verhindern. „Das Bundesjustizministerium hatte leider weniger Zutrauen in die Qualität unserer Arbeit als der Vorsitzende des Rechtsausschusses, Siegfried Kauder“, bedauerte der BDR. (08/43/11)

VBE: Schulen leider auf Kopien angewiesen

(dbb) „Schulen kämpfen seit langen Jahren vergeblich um ausreichende Mittel für die Anschaffung von Schulbüchern, Arbeitsheften, CD, DVD im Original und sind deshalb auf Kopien aus aktuellen Werken angewiesen, wenn sie ihren Bildungsauftrag erfüllen wollen.“ Das sagte der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, am 2. November 2011 mit Blick auf die aktuelle Debatte über einen „Schultrojener“. „Lehrerinnen und Lehrer lassen sich dafür nicht als mögliche Raubkopierer diskreditieren.“

Der VBE rate zu Dienst nach Vorschrift, so Beckmann: „Anstatt Material zu kopieren oder zu scannen eine Bestellliste an den Schulträger senden.“ Der VBE sei zudem gespannt, was die Datenschutzbeauftragten der Länder nach

Prüfung der geplanten Software sagen werden.

Es sei „mehr als eigenartig, dass ausgerechnet die Schulträger, die diese Misere verantworten, per Software nach Plagiaten suchen sollen“.

Hingegen ist bei den zur Verfügung gestellten Mitteln für Unterrichtsmaterialien pro Schüler seit Mitte der 1990er Jahre nichts Wesentliches passiert. Es sei kein Geheimnis, dass es an

Schulen oft veraltete Bücher oder unzureichende Klassensätze gibt, sodass oft aus Aktualitätsgründen kopiert werden müsse. (09/43/11)

Philologenverband fordert Annullierung der „Schultrojaner-Vereinbarung“

(dbb) Die sofortige Annullierung des so genannten „Schultrojaners“ hat der Deutsche Philologenverband (DPhV) gefordert. Im Gesamtvertrag zwischen den Schulbuchverlagen und der Kultusministerkonferenz zur „Einräumung und Vergütung von Urheberrechtsansprüchen“ ist festgelegt, dass stichprobenartig eine Software an Schulen installiert wird, die ab Februar 2012 die Computer von Lehrkräften und Schulen nach Urheberrechtsverletzungen durchsucht. Gleichzeitig verpflichten sich die Länder, bei Verstößen disziplinarrechtlich gegen Schulleitungen und Lehrkräfte vorzugehen.

„Wir halten es für einen Skandal, dass vor Abschluss der Vereinbarung weder die zuständigen Datenschutzbeauftragten der Länder eingebunden wurden, noch die zum Einsatz kommende Software geprüft wurde“, sagte der DPhV-Bundesvorsitzende Heinz-Peter Meidinger am 2. November 2011. „Während bei den so genannten ‚Staatstrojanern‘ wenigstens Gerichtsbeschlüsse vorliegen müssen, soll an Schulen verdachtsunabhängig ermittelt werden. Wir hätten uns als Lehrgewerkschaft gewünscht, dass die Schulministerien im Rahmen ihrer Fürsorgepflicht Lehrkräfte gegen solch einen Generalverdacht in Schutz nehmen“, so Meidinger. Zudem werfe eine Überprüfung große rechtliche Probleme auf, weil

zahlreiche Lehrkräfte wegen der unzureichenden Schulausstattung ihre privaten Rechner für ihre Arbeit nutzen müssten.

Als „besonders bitter“ bezeichnete der DPhV-Chef die Festlegung in dem Rahmenvertrag, der die Länder dazu verpflichtet, bei festgestellten Verstößen disziplinarrechtlich gegen die betroffenen Lehrkräfte und Schulleitungen vorzugehen. Damit werde von den Ministerien die Pflicht zur Einzelfallprüfung vernachlässigt, sagte Meidinger und verlangte eine „sofortige Kündigung und Annullierung der entsprechenden Vereinbarungspassagen“. (10/43/11)

Namen und Nachrichten

(dbb) Auch 2012 unterstützt der **dbb** die seinen Mitgliedsgewerkschaften angehörenden Personalratsmitglieder mit Fachinformationen rund um das Aufgabenfeld ihres Personalratsmandates. Die neu aufgelegten Personalratsbriefe werden im Januar 2012 versandt und greifen folgende Themen auf: Zusammensetzung des Personalratsvorstands; Informationen zur Arbeit der Schwerbehindertenvertretungen. Die Briefe werden als kostenpflichtige Print-Version aufgelegt, stehen aber darüber hinaus auch als kostenlose Datei-Version zur Verfügung. Bestellwünsche für Printexemplare spätestens bis zum 15. Dezember 2011 erbeten. Die Briefe basieren auf dem Personalvertretungsrecht des Bundes.

Mehr Überblick im Bildungswesen: Der dbb Wegweiser für angehende Lehrkräfte ist aktualisiert worden. Die interaktive Übersicht rund um die Themen Lehrerbildung und Lehrerstaus, die der dbb für angehende Lehrkräfte zusammengestellt hat, kann jetzt in aktualisierter Fassung abgerufen werden. Die Zusammenstellung - übersichtlich nach Bundesländern und Schularten getrennt - gibt Antworten auf die elf meist gestellten Fragen zur Lehrerausbildung und zum Lehrerstaus. Mehr auf www.dbb.de

Gut 5.000 Beamtinnen und Beamte sowie Versorgungsempfänger sind am 26. Oktober 2011 in Hamburg auf die Straße gegangen, um gegen die geplante Weihnachtsgeldkürzung zu

protestieren. Zu der Demonstration hatten der dbb hamburg und der DGB Hamburg gemeinsam aufgerufen. Der Landesvorsitzende des dbb hamburg **Rudolf Klüver** machte in seiner Rede nochmals deutlich, dass die verbeamtete Kollegenschaft nicht länger gewillt ist, den Kopf für eine Jahrzehnte lange völlig verfehlte Haushalts- und Finanzpolitik des Senates - gleich welcher politischen Zusammensetzung - hinzuhalten. Mit Transparenten wie „Stopp dem Staatsdiebstahl“ oder „Hände weg vom Weihnachtsgeld“ zogen die Demonstranten durch die Innenstadt.

Vor einem Ausverkauf im öffentlichen Dienst Bremens hat der dbb bremen gewarnt. Kinder litten unter Einschränkung ihrer Bildungschancen, Staatsanwälte gingen in Arbeit unter, ebenso Kolleginnen und Kollegen in vielen Behörden, kritisierte der dbb Landesbund am 24. Oktober 2011. Das Gesundheitsmanagement gewinne zunehmend an Bedeutung. Statt dem öffentlichen Dienst mehr Wertschätzung entgegenzubringen, werde weiter gespart. Der Bremer Senat habe immer wieder darauf hingewiesen, dass er den Staat auf gar keinen Fall kaputt sparen werde. Dazu der dbb Landesvorsitzende **Jürgen Schröder**: „Wir werden ihn an seinen Taten messen.“

Der Bund Deutscher Forstleute (BDF) hat die CDU-Initiative für Mindestlöhne begrüßt, zugleich aber Diskussionsbedarf zur der genannten Höhe von 6,90 Euro angemeldet. Die hoch riskante Waldarbeit erfordere besonders qualifizierte und hervorragend ausgebildete Arbeitskräfte, die sich und ihre Kollegen nicht gefährden. Gutes Personal habe seinen Preis, sagte der BDF-Bundesvorsitzende **Hans Jacobs** am 2. November 2011. Im Wald, der auch der Daseinsvorsorge der Gesellschaft dient, dürfe es keine unqualifizierte Arbeit geben. Eine Lohnuntergrenze weit unter elf Euro sei aus Sicht des BDF „indiskutabel“, so Jacobs.

Nachdem bei einer Auseinandersetzung in Augsburg ein Polizist erschossen wurde, hat die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) darauf hingewiesen, dass es zu tödlichen Angriffen auf Polizisten vor allem in Routinesituationen kommt: Verkehrskontrollen oder Einsätze wegen häuslicher Gewalt. „Es sind nicht die großen Straßenschlachten, bei denen so etwas passiert“, sagte DPoIG-Vorsitzender **Rainer Wendt** laut „Mainpost“ (Ausgabe vom 30. Oktober 2011). Das liege auch daran, dass die Beamten bei Großeinsätzen besser geschützt seien. Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) hatte in einer Studie festgestellt, dass die Gewalt gegen Polizisten seit zehn Jahren stark zunimmt. (11/43/11)